

# Martin Böhm

Mitglied des Bayerischen Landtags  
AfD-Fraktion

- Bundes- und europapolitischer Sprecher der Fraktion
- Mitglied im Ausschuss für Bundes- und Europa-Angelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Rückfragen: 0171/4433555 (MdL-Büro Coburg)  
Mail: [martin.boehm@afdbayern.de](mailto:martin.boehm@afdbayern.de)  
Homepage: [www.mdl-boehm.de](http://www.mdl-boehm.de)

## Pressemitteilung

01.04.2022

### **Martin Böhm: Hiobsbotschaft statt Aprilscherz – EZB-Politik pulverisiert deutschen Wohlstand**

Drastisch nach unten korrigierte BIP-Wachstumsprognosen, Rekord-Verschuldung und Rekord-Inflation. Die Liste der Negativ-Superlative will gar nicht mehr enden. Laut Statistischem Bundesamt betrug die Preissteigerung im März gigantische 7,3 Prozent, dem harmonisierten EU-Verbraucherpreisindex zufolge sogar 7,6 Prozent.

Dazu äußert sich Martin Böhm, bundes- und europapolitischer Sprecher der AfD-Fraktion im Bayerischen Landtag, wie folgt:

„Das hatte es zuletzt vor mehr als 40 Jahren gegeben. Es drohen massive soziale Verwerfungen, denn die Effekte der ‚Entlastungspakete‘ des bunten Berlins werden voraussichtlich verpuffen, bevor die konkreten Schritte überhaupt umgesetzt sind.

Längst geht es nicht mehr nur um Energie; erhebliche Preiszuwächse und Lieferengpässe stehen auch bei wichtigen Rohstoffen wie Stahl, Holz, Aluminium, Kupfer, Zement- und Erdölprodukten bevor. Die Auswirkungen etwa auf den Bausektor kann man sich noch gar nicht ausmalen. Es besteht akuter Handlungsbedarf, denn mittlerweile geht es ans Eingemachte.

Ein wesentlicher Wegweiser für das Inflationsgespenst ist die EZB. Diese muss bei nächster Gelegenheit endlich die Leitzinsen anheben, kann es aber nicht, ohne die Staatshaushalte der Rotweinstaaten zu sprengen. Der Weg aus jeder Inflation führte überall auf der Welt schon immer über eine Währungsreform. Je später diese kommt, umso schlimmer wird es.

Gerade in der gegenwärtigen Situation, in der ohnehin alles neu überdacht und jede bisherige Politik hinterfragt werden muss, bietet es sich an, das Verbleiben im Euro ernsthaft zu überdenken. Unsere Bürger haben es nicht verdient, am Ende des Strudels in einem unionalistisch-sozialistischen ‚Europäischen Bundesland Deutschland‘ aufzutauchen. Unsere Bürger haben und wollen ein souveränes starkes Deutschland. Nur wir als AfD vertreten diese Ziele!“